

Entwicklungsland Sachsen

Abschlussdokument eines dreijährigen Prozesses – herausgegeben vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V. www.einewelt-sachsen.de



Inhalt

Vorwort	Seite 3
2015 bis 2017 – alle Veranstaltungen auf einen Blick	Seite 4
Bestandsaufnahme – die Vielfalt der Akteure im Netzwerk ist die Vielfalt der Ansichten	Seite 6
Welche Entwicklung vertreten wir?	Seite 7
Entwicklungszusammenarbeit – der Anspruch von der Augenhöhe!	Seite 10
Wie kann entwicklungspolitische Arbeit relevanter werden?	Seite 14
Hinweise für die weitere Netzwerkarbeit	Seite 16
Geschichten des Wandels und Utopien	Seite 18
Die globalen Nachhaltigkeitsziele – ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in der Welt?	Seite 20
Die Grenzen und Pflichten freien wirtschaftlichen Handelns	Seite 22
Menschen. Macht. Migration.	Seite 24
Umweltschutz und Entwicklungspolitik – zu Fragen der Ressourcengerechtigkeit und des (produktiven) Zusammenlebens	Seite 26
Konkrete strategische Ansatzpunkte für die Landespolitik	Seite 28
Die Mitglieder des ENS	Seite 30
Danksagung	Seite 31

Vorwort

2015 rief die Europäische Union das "Europäische Jahr der Entwicklung" aus. Das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen nahm dies zum Anlass, sich mit dem Entwicklungsbegriff und der Frage "Welche Entwicklung vertreten wir?" auseinanderzusetzen.

Der dreijährige Prozess startete im Frühjahr/ Sommer 2015 mit einer Tour durch Sachsen: In Leipzig, Bischofswerda, Zwickau, Dresden und Großenhain diskutierten die Mitgliedsgruppen die westliche Entwicklungslogik, reflektierten (staatliche) Entwicklungspolitik und Globales Lernen. Ebenfalls gingen sie der Frage des Politischen in unser aller Arbeit nach und wie wir als Netzwerk (besser) an einem Strang ziehen können.

Weitere Veranstaltungen folgten im Herbst und Winter: Diskussionen mit Expert*innen aus Deutschland und dem Globalen Süden zu den Fragen von Entwicklung und Zusammenarbeit in Dresden und Leipzig, zum Fairen Handel in Bautzen und Chemnitz – denn die meisten Vereine außerhalb der beiden großen Städte Sachsens sind Weltläden.

Seitdem fanden in regelmäßigen Abständen Diskussions- und Netzwerktreffen sowohl in Leipzig und Dresden als auch mit den Weltläden statt. Zum einen luden Vereine zu sich ein, wie das Konzeptwerk Neue Ökonomie, Orang-Utans in Not e.V. oder der arche nova e.V.. Die Vereine stellten inhaltliche Aspekte ihrer Arbeit vor und diskutierten mit den anderen sich daraus ergebende Fragen für deren und die eigene Arbeit. Zum anderen organisierte das ENS-Büro mit Vereinen und für Vereine Netzwerktreffen zu gewünschten Themen wie zu den Freihandelsabkommen, den Sustainable Development Goals oder zum Rechtsruck in der Gesellschaft. Und schließlich wirkte auch die Koordinationsstelle des ENS' an Netzwerkveranstaltungen von Vereinen wie dem African Network Freiberg oder des sukuma arts e.V. mit.

Den Abschluss bildete im November 2017 die Entwicklungspolitische Konferenz in Chemnitz mit der Frage "Genug für alle? Wirtschaft, Entwicklung und Politik". Über 25 ENS-Vereine nahmen an der Konferenz teil, die sich weiteren zentralen Fragen aus dem dreijährigen Prozess widmeten: den Beziehungen zum afrikanischen Kontinent, der Verbindung von Umwelt- mit Entwicklungspolitik und dem Zusammenhang von Wirtschaft und Menschenrechten.

Das vorliegende Dokument ist eine Zusammenfassung der inhaltlichen Beiträge der mitwirkenden Vereine und Analysen von Sachverständigen aus aller Welt.



20 Jahre ENS, Zukunftsfest, Dresden (© ENS)

2015 bis 2017 – alle Veranstaltungen auf einen Blick

12.05.2016 Leipzig

FNS

"Entwicklung – eine sau(be)re Sache?"

03.06.2015 Bischofswerda

FNS

"Entwicklung – eine sau(be)re Sache?"

15.06.2015 Zwickau

FNS

"Entwicklung – eine sau(be)re Sache?"

17.06.2015 Dresden

ENS

"Entwicklung – eine sau(be)re Sache?"

04.07.2015 Dresden

ENS

ENS-Netzwerktreffen und 20 Jahre ENS – Erfolgsgeschichten eines Netzwerks

06.07.2015 Großenhain

ENS

"Entwicklung – eine sau(be)re Sache?"

06.-8.11.2015 Pirna-Liebethal

Studienbegleitprogramm für Ausländische Studierende (STUBE) und ENS

Entwicklungspolitische Tagung:

good relations – good vibrations: Entwicklung kritisch betrachten, Projekte gründen, aktiv werden

10.11.2015 Bautzen

ENS, SEBIT, F.A.I.R.E

Fairer Handel und Entwicklung

17.11.2015 Chemnitz

ENS, Sächsische Entwicklungspolitische Bildungstage (SEBiT), f.a.i.r.e. – Warenhandels eG Fairer Handel und Entwicklung

07.01.2016 Leipzig

Arbeitsstelle Eine Welt der EVLKS Entwicklung aus Sicht des Globalen Südens – mit Felix Patzi aus Bolivien und Gustavo Esteva aus Mexiko

22.02.2016 Dresden

sukuma arts

Entwicklung aus Sicht von Felix Patzi aus Bolivien; Diskussion mit Friederike Habermann

15.03.2016 Dresden

ENS, SEBiT, f.a.i.r.e.

Die Zukunft der sächsischen Weltläden

15.03.2016 Leipzig

Landesfilmdienst Sachsen

Entwicklungszusammenarbeit.. aber für welche Entwicklung? mit Christa Wichterich

16.04.2016 Dresden

sukuma arts

Stories of change – Die Geschichten des Wandels der Held*innen des Alltags

21.05.2016 Leipzig

ENIS

ENS-Netzwerktreffen: welche Themen bewegen die entwicklungspolitische Szene Sachsens?

14.06.2016 Leipzig

Konzeptwerk Neue Ökonomie Postwachstumsökonomie und Entwicklung

15.06.2016 Freiberg

Network of Africans Freiberg "Afrika - unterentwickelt?"

26.07.2016 Freiberg

AG Umwelt

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA – oder was ist global gerechter Handel?

30.08.2016 Aue

Aktion Eine Welt Aue

Die Freihandelsabkommen TTIP und CETA – oder was ist global gerechter Handel?

22.10.2016 Chemnitz

ENS

Die Zukunft des Fairen Handels mit Katrin Frank vom Forum Fairer Handel

25.10.2016 Dresden

Umundu-Festival

Die Sustainable Development Goals (SDGs) – wer oder was ist das denn?



04.-06.11.2016 Chemnitz

Studienbegleitprogramm und ENS Drogenhandel, Menschenhandel, Waffenhandel – Auswege?

07.11.2016 Dresden

ENS u.a.

Stadt und Land wachsen zusammen: regionale Landwirtschaft, Versorgung und Direktvermarktung – das Prinzip Ernährungsräte

29.11.2016 Leipzig

ENS

Die Sustainable Development Goals (SDGs) – was bedeuten sie für die organisierte Zivilgesellschaft?

02.02.2017 Dresden

ENS

Gesellschaftlicher Rechtsruck und Entwicklungspolitik

28.03.2017 Leipzig

Orang-Utans in Not

Das Problem Palmöl und Zusammenarbeit in Netzwerken

02.05.2017 Dresden

ENS

Wie können wir entwicklungspolitische Arbeit relevanter machen? Mit Heike Spielmans, VENRO

16.06.2017 Dresden

Sächsische Jugendstiftung
Kinderschutz in der Entwicklungszusammenarbeit

13.09.2017 Dresden

ENS

Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit

24.10.2017 Aue

Aktion Eine Welt Aue

Kritik, Chancen und Grenzen des Fairen Handels

25.10.2017 Dresden

sukuma arts

Stories of change – Die Geschichten des Wandels: raus aus der Blase, rein in alle Kanäle

26.10.2017 Leipzig

Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur (ZEOK)

Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit

04.11.2017 Chemnitz

ENS, Volkshochschule und NaTUC Entwicklungspolitische Konferenz: Genug für alle? Wirtschaft, Entwicklung und Politik.

29.11.2017 Dresden

arche nova

Globales Lernen in der außerschulischen Bildungsarbeit

Bestandsaufnahme – die Vielfalt der Akteure im Netzwerk ist die Vielfalt der Ansichten

Auszug aus der Analyse der Veranstaltungen "Entwicklung eine sau(be)re Sache?" von Jürgen Kunze, ehemaliges Vorstandsmitglied des ENS

Die profilbestimmenden Themen der ENS-Mitgliedsvereine sind ihrem Inhalt nach äußerst vielfältig und ganz unterschiedlich dimensioniert: Sie reichen von sehr konkreten Aktivitäten (Fairer Handel, Auslandsprojekte, Bildungsarbeit) bis zur Orientierung auf große, stärker theoriegeleitete gesellschaftliche Zusammenhänge (alternatives Wirtschaften, kapitalistische Finanzmärkte, Medien). Dabei ist hervorzuheben, dass es dabei keine starren Grenzen hinsichtlich ihrer thematischen Ausrichtung gibt.

Aktionsorientiert lassen sich in den Selbstdarstellungen vor allem folgende Handlungsstränge ausmachen:

Selbstdarstellung Bildungsarbeit Öffentlichkeitsarbeit (Auslands-) Projektarbeit Kampagnenarbeit Fairer Handel Flucht- und Integrationshilfe

Diese Initiativbereiche sind entsprechend den definierten Vereinszwecken ganz unterschiedlich gewichtet, d. h. sie sind in den Aktivitäten der Vereine in unterschiedlicher Kombination vertreten.

- Fairer Handel ist selbstredend an die Fairhandelsstrukturen (Eine-Welt-Vereine, Weltläden, F.A.I.R.E., u.a.) gebunden. Aber auch diese beschränken sich bei weitem nicht auf den einschlägigen Warenhandel, sondern machen auch Bildungs- und Kampagnenarbeit.
- Einige Vereine bestimmen ihr Profil mehr oder

weniger stark über **Auslandsprojektarbeit** (Beispiel forikolo). Manche von ihnen kombinieren diese intensiv mit Bildungsarbeit (DAFRIG Leipzig, ZEOK oder arche nova).

- Die Vereine der **Bildungsarbeit** (Konzeptwerk Neue Ökonomie, aha, cambio e.V. u.a.) arbeiten zu klassischen Produkten und ihren globalen Zusammenhängen, globalen Herausforderungen allgemein oder auch weitergehend zu Systemfragen und neuen Ansätzen.
- Kampagnenarbeit wird in unterschiedlichen Dimensionen sichtbar von Großkampagnen mit internationaler Verflechtung (erlassjahr.de, Saubere Kleidung) bis zu Kampagnen mit enger umschriebener Zielsetzung (Westsahara ZEOK; Unterstützung der Kampagne von Rainforest Action Network Orang-Utans in Not e.V.; Nothilfe für Boko-Haram-Flüchtlinge in Nordkamerun DAFRIG Leipzig) und auf lokaler Ebene (sukuma arts e.V.).
- Flucht und Integration haben als Themen aktuell an Bedeutung gewonnen, sind aber in den Netzwerkvereinen mehr als Verursachungs- und Antirassismusthemen sichtbar als in Form von praktischer Hilfe.

In weltanschaulicher Hinsicht, bezogen auf den Entwicklungsbegriff und das Verständnis von Entwicklungspolitik, lassen sich eine Reihe von Leitmotiven, begriffen als Selbstzuschreibungen bzw. Wertorientierungen, aus der Gesamtheit der Angaben herausfiltern. Das sind Phänomene wie

Gerechtigkeit
Solidarität
Menschenwürde
Humanität
Gleichheit/Gleichberechtigung/
Gleichrangigkeit
Partnerschaftlichkeit
Antirassismus
Alternative Lebensweise(n)

Leitmotive

Es lässt sich bei aller gegenständlichen Vielfalt ein gemeinsamer wertorientierter Grundkonsens im Hinblick auf entwicklungspolitisch relevante Themen und bezogen auf diese ethischen Leitphänomene feststellen. Darauf kann das Netzwerk bauen, und das verleiht ihm eine erhebliche Stabilität und in der entwicklungspolitischen Szene Sachsens auch eine erhebliche Attraktivität. Damit ist aber nicht gesagt, dass diese relative Einheitlichkeit, die ja überhaupt neben verschiedenen organisatorischen Vorteilen einen Anreiz zur Mitgliedschaft darstellt, sich auch auf politische und gesellschaftliche Problemsichten um die und jenseits der Entwicklungspolitik erstreckt.

Welche Entwicklung vertreten wir?

Ergebnis aus den Veranstaltungen "Entwicklung - eine sau(be)re Sache?", von Jürgen Kunze, ehemaliges Vorstandsmitglied ENS

Die Meinungsäußerungen der Teilnehmer*innen an den Netzwerktreffen zum Thema "Entwicklung" und "Entwicklungspolitik" sind vielgestaltig und auch widersprüchlich. Es fällt auf, dass nur wenige Äußerungen auf entwicklungstheoretische Ansätze Bezug nehmen. Insofern bleiben die strukturellen Grundlagen, historischen Verläufe und globalen Zusammenhänge der kolonial verursachten und neo- bzw. postkolonial reproduzierten Ungerechtigkeiten für den Globalen Süden unterbelichtet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Verständnis von Entwicklung im Sinne eines welthistorischen Prozesses und globalen qualitativen Strukturwandels eine sehr komplexe Sicht auf die Welt-Zusammenhänge in ihrer Veränderung erfordert und zunächst mit Entwicklungspolitik (als politisches Instrument der Industriestaaten und der Eliten des globalen Südens) wenig zu tun hat. Insofern sind die Äußerungen der Diskussionsteilnehmer*innen auch gegenläufig. Dies liegt wahrscheinlich auch nicht so sehr an einem unkritischen Verhältnis zu staatlicher Entwicklungspolitik, sondern eher am Vorherrschen eines wenig bündigen Gesellschafts- und Geschichtsverständnisses. Letzteres trifft natürlich nicht nur auf die Akteure zivilgesellschaftlicher Entwicklungspolitik zu, sondern ist eine allgemeine Erscheinung der Gegenwart und wird verstärkt durch den heillos zerfaserten entwicklungstheoretischen Diskurs, dessen publizistisch vermittelte Bruchstücke wenig zu einem systematisch begründeten Begriff von Entwicklung beitragen. Daraus erwachsen verständliche Überforderungen im Erfassen der Problematik.

Vielfach wird durchaus realistisch auf einzelne Symptome der Unterentwicklung Bezug genommen (Rohstoffausbeutung, Ressourcenfluch, Weltmarktauswirkungen, Umweltzerstörung, regionale Fokussierung der Problematik unter Hintansetzung globaler Zusammenhänge), wobei verallgemeinernde Auffassungen von Entwicklung bewusst oder intuitiv vermieden werden und kleinen, überschaubaren Aktionen und Kampagnen der Vorzug gegeben wird. Nicht selten wird auf ethische Kategorien der Entwicklungszusammenarbeit (Partnerschaft, Gleichwertigkeit aller Menschen, Gerechtigkeit) als Gegenpole zu den "Defiziten" der staatlichen Entwicklungspolitik verwiesen, wo eigentlich eher die Strukturmerkmale des Entwicklungsbegriffs und die Einbeziehung des Themas in die eigene Arbeit gefragt sind. Auch der Wunsch nach Gegenkonzepten zum "westlich geprägten" Entwicklungsbegriff (Buen Vivir, Wachstumskritik, Alternativwirtschaft und alternative Lebensweisen) wird formuliert.

Dabei stellen sich erhebliche Unterschiede in der individuellen Bewertung des sogenannten westlichen Entwicklungskonzepts und der staatlichen Entwicklungspolitik der Industrieländer heraus. Zwar dominiert hier eine distanzierte bis kritisch-ablehnende Haltung, doch finden sich auch zustimmende Positionen. Eine Aussage fordert die Wertschätzung eigener Enwicklungserrungenschaften ein. Das Maß der Kritik wird verschiedenartig artikuliert. Es reicht von der Einnahme einer politisch neutralen Haltung, der Ablehnung, sich als Systemgegner darzustellen, der Zustimmung zum Konzept der "Entwicklungshilfe", bis hin zu Tendenzen der Kapitalismuskritik, zu Aspekten der antikapitalistischen Emanzipation und Transformation. Dezidierte Gesellschaftskritik kommt bestenfalls in verschleierten Ansätzen vor.

Hinter all diesen unterschiedlichen Positionen verbergen sich neben den unterschiedlichen Graden des Engagements für das Thema "Entwicklung" offensichtlich auch beachtliche weltanschauliche Differenzen. Im Umgang mit der Thematik Entwicklung und Entwicklungspolitik stellen sich jedenfalls weit größere Unterschiede zwischen den Vereinen und Akteuren heraus als weiter oben im Hinblick auf die tendenzielle Homogenität des Netzwerks in der allgemeinen Motivation, sich in zivilgesellschaftlichen entwicklungspolitischen Aktivitäten zu engagieren, festgestellt wurde. Dieser Sachverhalt ist keineswegs als Manko zu betrachten, sollte aber bei der bewussten Ausgestaltung der Netzwerkarbeit Berücksichtigung finden.



Entwicklung - eine sau(be)re Sache?, Leipzig (© ENS)

Beiträge von Gustavo Esteva und Felix Patzi im Rahmen der Diskussions- und Netzwerktreffen

Gustavo Esteva ist Sozialaktivist und Intellektueller. Er war Dozent an der Universität von Oaxaca, Mexiko und hat mit lokalen, nationalen und internationalen Netzwerken gearbeitet. Esteva "erwischte" die Unterentwicklung als er 13 Jahre alt war. Er hat sie bekommen wie andere Malaria. Es war am 20. Januar 1949, dem Tag, an dem der US-amerikanische Präsident Truman das Wort (Unter-)Entwicklung definierte:

"Ich war einer von den zwei Milliarden Menschen, die an diesem Tag unterentwickelt worden sind. Wir waren nicht immer unterentwickelt, im Gegenteil: In Ländern wie Indien oder Mexiko wollten wir unseren eigenen Weg gehen, uns von der westlichen Unterdrückung befreien, von der Kolonialisierung. Zu akzeptieren, dass man auf einmal als unterentwickelt gilt, ist etwas sehr Entwürdigendes und Empörendes. Man kann nicht mehr seiner eigenen Nase vertrauen, weil die Expert*innen immer alles besser wissen und einem die Entwicklung bringen.

Ich konnte also nicht mehr meine eigenen Träume träumen. Sie waren ausgeträumt. Es ging nur noch darum so zu sein wie sie, wie die Entwickelten und ihre Träume zu träumen. Die Idee der Entwicklung ist ja auch faszinierend. Präsident Truman bot an, Fortschritt und Technologie mit uns zu teilen, damit wir sein können wie sie, wie in den Bildern von Kino und Fernsehen. Und das hat uns fasziniert. Wir alle wollten dann diese Entwicklung – für uns selbst, für die Familie, für das Land. Es waren nicht nur die Eliten, die Leute wollten Entwicklung.

In den 1950er Jahren hat der Statistiker Leon Telles ausgerechnet, dass Länder wie Mexiko oder Brasilien 25 Jahre brauchen würden, bis sie 'entwickelt' wären. Und wenn sie faul wären vielleicht 50 Jahre. In den 1980er Jahren wussten wir dann, dass es ein Reinfall war. Die Weltbank erstellte eine neue Schätzung. Ein Land wie Mauretanien würde 2.223 Jahre brauchen, bis es 'entwickelt' wäre. Länder wie Mexiko oder Brasilien 400 oder 500 Jahre. Spätestens in den 1980er Jahren wussten wir also, dass die Entwicklungsmaschinerie nicht funktioniert. Um den aktuellen Entwicklungszustand zu beschreiben, nutzen wir die drei Sachs: Goldman Sachs, Jeffrey Sachs und Wolfgang Sachs.

Goldman Sachs ist das weltweit größte Investmentbankingunternehmen. Seine Vorgehensweise entspricht genau den Entwicklungspolitiken und -strategien der 1950er Jahre. Diese Entwicklungsvision, die sich Raubtierkapitalismus nennt, ist vorherrschend in den Regierungen, den Unternehmen und den internationalen Institutionen.

Jeffrey Sachs, der zweite Sachs, war ein fanatischer Neoliberaler. Er half der bolivianischen und polnischen Regierung den Staat ab- und den Raubtierkapitalismus aufzubauen. Aber während des Prozesses zeigte sich das entstehende Elend, das niemand wollte. Um die Entwicklung und den Kapitalismus zu schützen, muss man sich um die Ärmsten und die von der Entwicklung Betroffenen direkt kümmern, anstatt an den Triple-Down-Effekt zu glauben – dass durch den Wohlstand der Reichen und Entwickelten auch etwas zu den Ärmeren durchsickern wird. Das, was Jeffrey Sachs vorschlägt, nennt sich ethischer Kapitalismus. Der Staat und großzügige Wohlhabende geben den Armen direkt etwas Gutes, um Malaria zu bekämpfen oder andere Gesundheitsprobleme zu lösen.

Wolfgang Sachs schließlich ist der Autor von "Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik". Viele Menschen leisten Widerstand gegen 'Entwicklung'. Es gibt ein zunehmendes Bewusstsein über die verursachten Entwicklungsschäden und den Wunsch, sie zu beseitigen. Entwicklung ist als eine Art Hilfe entstanden. Hilfe ist in diesem Zusammenhang wie eine Beleidigung. Das, was sich Entwicklungshilfe nennt, ist die schädlichste Form des Kolonialismus, die je existierte."

"Nein, bitte helfen Sie uns nicht. Wenn Sie kommen wollen, um uns zu helfen, kommen Sie bitte besser nicht, Danke! Aber wenn sie denken, dass Ihre Probleme auch die unseren sind, wenn Ihr Kampf auch unserer ist, dann kommen Sie, wir haben viel zu besprechen!"

Unterkommandeur Marcos der Zapatisten

Dr. Felix Patzi ist Autor des Buches "El tercer sistema" (Das dritte System), ehemaliger Bildungsminister Boliviens und aktueller Gouverneur der Provinz La Paz/Bolivien. Patzi findet die Idee interessant, nach einer Gesellschaftsform ohne Ausbeutung und ohne Entfremdung zu suchen. Beide Aspekte seien auch in sozialistischen Systemen zum Tragen gekommen – nur in Gewand des Staates anstelle des Unternehmers wie im Kapitalismus.

Aus diesem Grund schlägt er das kommunale System vor, dies bezeichnet er als drittes System. Er geht davon aus, dass sich die Arbeiter*innen nur von Ausbeutung und Entfremdung befreien können, wenn sie selbst zu Arbeitgeber*innen werden. Diese Form des Wirtschaftens sei aus älteren Gesellschaften und Subsistenzwirtschaften bekannt – nun sei es die Herausforderung, sie auf umfangreichere Wirtschaften anzuwenden. Er denkt das kommunale System gleichzeitig auch in der Organisation des politischen und des Rechtssystems.

Zur politischen Entscheidungsfindung könne man unterschiedliche Verfahren wählen: sie werden von Parteipolitiker*innen oder von Direktkandidat*innen getroffen, die direkt und parteiunabhängig gewählt werden können. Patzi erhofft sich dadurch, koloniale Muster zu überwinden und den Zugang zu Macht in Bolivien für die benachteiligte indigene Bevölkerung zu ermöglichen. Eine weitere Besonderheit ist die turnusmäßige Rotation: jede*r darf nur für eine Wahlperiode antreten und diese absolvieren, aber nicht wiedergewählt werden.

Die Ausübung des Rechts sieht Patzi auch subsidiär angelegt: in La Paz gibt es sogenannte Nachbarschaftsräte, in denen gewählte Vorstände sitzen. Diese könnten über Delikte und Straftaten wie Diebstahl, körperliche Gewaltanwendungen oder Schaden an der Umwelt und deren Konsequenzen vor Ort entscheiden – über öffentliche Angelegenheiten wie Korruption oder Landesverrat würden die staatlichen Richter entscheiden. Auch auf diesem Weg sieht er eine ausgebaute Entscheidungsgewalt beim Volk und nicht "nach oben hin" wegverlagert.

"Entwicklungspolitische Ansichten sind nicht nur die politischen Auffassungen des Nordens über den Globalen Süden, sondern auch die südliche Perspektive über die Verflechtungen der globalen Probleme."

Ayni - Verein für Ressourcengerechtigkeit

Entwicklungszusammenarbeit – der Anspruch von der Augenhöhe!

Beitrag von Elisabeth Nabanja Makumbi, Geninsa e.V.

Sprache.Macht.Kultur Der Zusammenhang von Sprache und Entwicklung in Subsahara-Afrika

- 1. Sprache ist ein tief greifendes Werkzeug der Macht, der Politik und des Handels, das seit undenklichen Zeiten benutzt wird. Auf dem afrikanischen Kontinent wurden und werden die verschiedenen Sprachen für unterschiedliche Ausbeutungszwecke auf verschiedenen Ebenen und zu unterschiedlichen Zeiten verwendet.
- 2. Sprachen und Kulturen des afrikanischen Erbes wurden von den mächtigen europäischen Regierungen, den ausländischen Wirtschafts-, Bildungs- und Militärkräften absichtlich und gezielt verachtet, missbraucht und negiert. Aber weiterhin bestehen Afrikanerinnen und Afrikaner wie alle Menschen darauf, ihre eigenen Sprachen und Kulturen selbst zu gebrauchen und zu entwickeln.
- **3.** Die Grundschulbildung, die zumeist in Fremdsprachen stattfindet, zusammen mit den nationalen Politiken der "einzigen und offiziellen, kolonialen" Sprachen Englisch, Französisch oder Portugiesisch hat einen tief greifenden negativen Einfluss auf 95% der ländlichen Bevölkerung Afrikas. Diese Amtssprachen sind Werkzeuge

- einer Minderheitselite, etwa 5% der Afrikaner*innen. Diese leben und arbeiten in städtischen Zentren, wo sie dem Konsumdenken, (gescheiterten) Regierungspraktiken und einer Wirtschaftspolitik "Made in America" fröhnen zum Nachteil des Wohlergehens aller afrikanischen Gesellschaftsgruppen.
- **4.** Zum "Märchen der Entwicklungszusammenarbeit mit sogenannten Entwicklungsländern und der Rolle von Entwicklungspraktiker*innen made in Sachsen" einige Fragen als Denkanstoß:
- → Auf welche Weise können die in Sachsen ansässigen Nichtregierungsorganisationen Alphabetisierung, mehrsprachige Methoden, Programme und Alphabetisierung sozialer Praktiken afrikanischer Sprachen in den Gemeinschaften unterstützen, in denen sie in verschiedenen afrikanischen Ländern tätig sind?



Grafik: © glokal

→ Wo gibt es Möglichkeiten, informelle Lehrpläne zu erstellen, die auf afrikanischer Kultur basieren und afrikanische Sprachen verwenden wie zum Beispiel Swahili, das in Ostafrika mit über 100 Millionen Sprecher*innen weit verbreitet ist?

Die formale Schulausbildung, die den europäischen Systemen nachempfunden ist und fast immer in Fremdsprachen angeboten wird, entspricht nicht den individuellen Bedürfnissen oder Anforderungen an soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt oder wirtschaftliche Entwicklung in Subsahara-Afrika. Schulbildung auf dem afrikanischen Kontinent bedeutet bis heute die vollständige Integration afrikanischer Schulabsolvent*innen in die europäischen Handlungs- und kulturellen Denksysteme.

"Wenn du gekommen bist, um mir zu helfen, dann verschwendest du deine Zeit. Wenn du aber gekommen bist, weil deine Freiheit mit meiner verbunden ist, dann lass uns zusammenarbeiten."

Dieses Zitat stammt aus der Publikation von glokal e.V.: "Das Märchen von der Augenhöhe – Macht und Solidarität in Nord-Süd-Partnerschaften". Im Schlussteil veröffentlicht der Verein eine Reflexions- und Praxishilfe, "um das eigene Märchen aufzudecken." Es geht um den ideologischen Rahmen, in den die Ziele und Werte der Partnerorganisationen eingebunden sind, ebenso wie um die Fragen von Motivation, Strukturen der Nord- und Südorganisationen, Finanzen usw. Hinzu kommen Fragen nach den Kommunikations-, Wissens- und Fortbildungsstrukturen. Ein Muss für alle Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit!

Anregungen der ENS-Mitglieder zur Zusammenarbeit mit weltweiten Partner*innen – zusammengetragen auf der Entwicklungspolitischen Konferenz im November 2017:

- Projekte mit deutschen EZ-Geldern müssen auch nicht-deutschen Projektleitungen offen stehen
- Das, was in den jeweiligen Regionen durch die Kolonialisierung verschüttet wurde, sollte in Zusammenarbeit wieder ans Licht geholt werden
- Regierungen des Globalen Südens sollen selbst Standards für die Entwicklungszusammenarbeit setzen
- Wissenschaft und Wissenschaftler*innen im Globalen Süden sollen gefördert und ihnen Teilhabe an internationalen Diskursen ermöglicht werden



07.-09.11.2015, Entwicklungspolitische Tagung in Pirna-Liebethal (© ENS)

Bezogen auf den Marshall-Plan werden folgende Probleme gesehen:

- Mangelnde Beteiligung: Beteiligung hiesiger und dortiger Zivilgesellschaften bei der Ausarbeitung von Entwicklungs- und Investitionsprojekten
- Kulturverständnis: mit welchem Blick wird auf den afrikanischen Kontinent und seine Kulturen geschaut?
- Korruption: Vorurteile gegenüber der afrikanischen Bevölkerung abbauen
- Brain Drain: Start-Ups stärken, Industrie für lokale Arbeitsplätze ausbauen, in Ausbildung investieren und Anreize, vor Ort zu bleiben, schaffen
- Asymmetrischer Austausch: Afrikanische Länder sollen eigene Machbarkeitsstudien durchführen und Handlungsfelder definieren

Bezogen auf den Marshall-Plan mit Afrika ergeben sich folgende Anregungen:

- Partnerschaft auf Augenhöhe und in Entwicklung mit den Menschen vor Ort
- Bildungsarbeit nicht nur in technischer Ausbildung, sondern auch Förderung eigener Sprach-, Kultur- und Geisteswissenschaften
- Freihandel klar definieren und faire Bedingungen aufstellen; Protektionismus afrikanischer Länder respektieren, nicht sanktionieren
- Public-Private-Partnership nach welchen Standards, mit welchen Kontrollen, anhand welcher Prinzipien? Sie dürfen in keinem Fall afrikanisches Unternehmertum verdrängen oder ersetzen
- Dekolonialisierung Afrikanischen Kulturen eine eigene Identitätsentwicklung ermöglichen und die Grenzziehungen des 19. Jahrhunderts in Frage stellen
- Kulturelle Überfremdung stoppen– respektieren afrikanischer Kulturpraktiken und Vielfalt in Sprache und Kultur fördern



4.11.2017, Afrika-Panel bei der Entwicklungspolitischen Konferenz in Chemnitz (© Michael Backhaus)

Wie kann entwicklungspolitische Arbeit relevanter werden?

Beitrag von Heike Spielmans, Geschäftsführerin von VENRO, am 02.05.2017 in Dresden; zusammengefasst von Antonia Mertsching

Zunächst einmal müssen wir uns die Frage stellen, was Entwicklungspolitik heute bedeutet, angesichts dessen, dass das alte Muster "Reicher Norden – armer Süden" nicht mehr ganz passt: Die ökonomischen und sozialen Spaltungen verlaufen zunehmend innerhalb der Länder und Gesellschaften¹, wenn auch bestimmte Regionen weiterhin konfliktreich und unterversorgt bleiben.

Inzwischen gibt es vielfältige Herausforderungen wie den Klimawandel, die immer wiederkehrenden Finanzkrisen, der wieder zunehmende Hunger in der Welt und dass wir schon allein in Deutschland rechnerisch ab April auf Kosten der anderen und ab August auf Kosten der Zukunft bezüglich der nachwachsenden Rohstoffe leben². Auf diese Herausforderungen antworten Außenpolitik, Handelspolitik, Finanzpolitik, Agrarpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik – und Entwicklungspolitik ist ein Teil davon, oder die Politikfelder ein Teil von Entwicklungspolitik? Oder denken wir weiterhin in Segmenten?

Stehen die bisherigen Konsum- und Entwicklungsmuster am Ende? 2015 verabschiedeten die Vereinten Nationen – also die Weltgemeinschaft, der Staatenverbund, dessen Teil wir sind – die Ziele für Nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals (siehe Seite 20/21). Diese Ziele haben alle gemeinsam erarbeitet und verabschiedet. Erstmalig wurden soziale, ökologische, ökonomische und politische Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung in einem Zielsystem verankert. Und sie gelten universell – also auch für Deutschland. Das macht Deutschland zu einem Entwicklungsland – und Sachsen zu einer Entwicklungsregion.

Heike Spielmans plädiert für folgende Punkte:

1. den Begriff "Entwicklung" entsorgen

– und dafür lieber von einer globalen Transformation sprechen, die auch eine Veränderung bei uns selbst beinhaltet. Auch Worte wie Gerechtigkeit brauchen eine neue Konjunktur, es geht um die Aspekte Verteilung und Zugang. Wir brauchen internationale Zusammenarbeit zur Lösung der gemeinsamen Probleme (Klima, Konflikte, Migration) und internationale Kooperation für eine gerechte und nachhaltige (Welt-)Gesellschaft.

2. die politische Bildung stärken

Es bedarf demokratischer Debatten über gesellschaftliche Veränderungen, statt Denkverbote und Ideologiestempel. Neben Expertendialogen brauchen wir eine breite Beteiligung am Dialog über die Gestaltung unserer Gegenwart und Zukunft, in den sich alle einbringen können müssen, auch die in Deutschland wirtschaftlich und sozial an den Rand Gedrängten. Und vor allem braucht es Wissen und Kapazitäten zu makroökonomischen Themen, um über die Ausgestaltung regionalen und globalen Wirtschaftens nachdenken und sich einmischen zu können.

3. Alternativen unterstützen

und nicht in der Prolemanalyse steckenbleiben. Es hieß immer "Eine andere Welt ist möglich" - das ist auch heute noch so, auch wenn wir noch keinen Begriff und keine neue Utopie haben. Was wir machen können, ist alternative Konzepte entwickeln (und damit scheitern), Experimente unterstützen und Wege aus dem herkömmlichen Entwicklungsmodell aufzeigen. Jeder und jede kann mit seiner Geschichte des Wandels (siehe Seite 18/19) ein gutes Beispiel und Vorbild sein.

4. streitbarer werden

Unparteiisch wie wir sind, sollten wir uns dennoch stets klar politisch positionieren! Mit dem Ausbau von Projektarbeit sollte auch die Beeinflussung von Politik steigen. So wichtig der Dialog dabei in Multi-Stakeholder-Initiativen³ ist, darf unsere Teilnahme nicht unsere Aufgabe als Watcheverything ablösen. Wir dürfen uns auch nicht als Ersatz für staatliche Leistungen einrichten, sondern den Staat – oder: die Gemeinschaft – konsequent zur Verantwortung ziehen.

5. sich für Veränderungen bei uns einsetzen

Die Nutzung von Ressourcen und die Veränderung der Lebensstile steht bei uns auf individueller und gesellschaftlicher Ebene im Mittelpunkt. Hier braucht es Lösungen für Nord, aber auch Süd gleichermaßen. Dazu muss das Denken in politischen Sektoren überwunden werden und zum Beispiel Wirtschaftspolitik auch als Umweltund Sozialpolitik gedacht werden. Insbesondere die Bewegungen (Umwelt, Entwicklung, Menschenrechte, Sozialverbände) sollten hier verstärkt Allianzen schmieden.

6. Blick über den Tellerrand fördern

Am Anfang steht immer die Begegnung von Menschen – wie können wir diese – ökologisch verträglich! – ermöglichen? Und dabei bekannte Einbahnstraßen umbauen: Dialog muss auch von Süd nach Nord verlaufen, Kooperationen zwischen Süd-Süd gefördert werden. Und den Globalen Osten dürfen wir auch nicht vergessen! Wir dürfen die Globalisierung nicht den Finanzmärkten und Waren überlassen.



Aufnahme aus historischer Tuchfabrik in Crimmitschau (© ENS)

Und als Nichtregierungsorganisationen dürfen wir dabei nicht vergessen, dass

- ... wir Teil des Problems sind, auch wenn wir Lösungsideen haben.
- ... es auch in unseren Reihen Paternalismus gibt. Wer Augenhöhe predigt, muss Respekt trinken.
- ... wir einen großen Einfluss darauf haben, wie Menschen im Globalen Süden (und Osten) wahrgenommen werden.
- ... es nicht um Spaltung, sondern um Zusammengehörigkeit geht: Wir brauchen einander für das gemeinsame Überleben auf diesem Planeten.

¹ Einer der acht reichsten Männer der Welt ist Mexikaner und Mexiko rangiert auf Platz 77 des Human Development Index für 2017 – ein Land, das für zunehmende Gewalt und Armut internationale Schlagzeilen macht.

² https://www.overshootday.org/

³ Aus dem Gabler Wirtschaftslexikon: Multi-Stakeholder-Initativen (MSI) sind freiwillige Zusammenschlüsse zwischen öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren. MSI sind darauf ausgerichtet, komplexe gesellschaftliche Probleme in kooperativer Weise zu lösen. Sie dienen dabei insbesondere der besseren Verankerung von Unternehmensverantwortung auf Märkten sowie der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung.

Hinweise für die weitere Netzwerkarbeit

Schlussfolgerungen von Jürgen Kunze, ehemaliges Vorstandsmitglied des ENS

1 Motivation und Zusammenhalt

Das Netzwerk ist gekennzeichnet von einer starken zivilgesellschaftlichen Motivation, die auf Gemeinsamkeiten in der allgemeinen entwicklungspolitischen Zielorientierung beruht und ein distanziertes bis kritisches Verhältnis zur staatlichen Entwicklungspolitik einschließt. Dadurch kann das Netzwerk auf der Grundlage eines relativ hohen Kohärenzniveaus agieren und positiv von guten Aktivitäts-, Stabilitäts- und Entwicklungspotentialen ausgehen.

2 Unterschiede im Netzwerk

Das Netzwerk zeichnet sich andererseits durch eine starke Differenzierung der Mitgliedschaft hinsichtlich der regionalen Ausrichtung ihrer Aktivitäten, der fachlichen Qualifizierung, aber auch der weltanschaulichen und politischen Prägung und Prävalenz aus. Diese Differenzierung muss anerkannt werden. Das bedeutet, dass in der Praxis für eine erfolgreiche Weiterentwicklung, ein Arbeits- und Umgangsstil bewahrt und bewusst gepflegt werden muss, der auf wechselseitiger Akzeptanz beruht und Ansprüche an die interne Solidarität des Netzwerks nicht überzieht, aber auch gemeinsam verfolgte ethische Grundsätze nicht verletzt. Dazu gehört auch, das Bewusstsein der Unabhängigkeit der Vereine als Nicht-Regierungsorganisationen mit verbrieften (Vereins-)Rechten zu stärken.

3 Netzwerkdemokratie

Eventuell auftretende politische Widersprüche und Dispute, insbesondere in die Öffentlichkeit zu tragende politische Stellungnahmen, sollten diskursiv geklärt werden. Die Netzwerkdemokratie funktioniert auf einem hohen Niveau und ist weiterzuentwickeln. Es sollte, wo immer es geeignet ist, sichtbar gemacht werden, dass sie als ein hohes Gut betrachtet wird.

4 Immer wieder sich selbst hinterfragen

In allen wesentlichen Aktivitätssträngen, d.h. in organisatorischer, fachlicher, politischer und projektförderungsbezogener Hinsicht, sollte eine inhaltlich reflektierende Arbeitsweise angestrebt werden; starre Regeln und nicht mehr erfolgversprechende Gepflogenheiten sind zu vermeiden. Ein offener und problemorientierter Stil ist in den Vordergrund zu stellen.

5 Einbettung der Bildungsarbeit

Da das Interesse an aktiver Bildungsarbeit verbreitet ist, sollte die Netzwerkarbeit darauf ausgerichtet sein, entsprechende Aktivitäten der Mitgliedsvereine nachdrücklich zu unterstützen. Das betrifft sowohl finanzielle Anreize, gegebenenfalls in Form eines eigenen sachsenspezifischen Förderprogramms, welches das besondere Potential der Mitglieder anspricht und ausnutzt, als auch die allgemeine (ideelle) Hervorhebung dieses Aktivitätsstrangs im Netzwerk. Der Verwertung und dem kooperativen Austausch konkreter Erfahrungen in der Aulandsprojektarbeit (wo vorhanden) kann dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, was ohne Zweifel dem Interessantheitsgrad der Bildungsarbeit zugute kommt. Die Vermittlung bzw. Verbindung zu den großen, staatlich gestützten Förderprogrammen (BNE, Globales Lernen) muss dabei im Auge behalten werden, wobei auch kritische Aspekte durchaus thematisiert werden sollten.

¹ Zu beachten ist, dass hier nur Meinungsäußerungen von etwa der Hälfte der Mitgliedsvereine herbeigezogen werden und insbesondere (entsprechend der Auffassung des ENS-Teams) Gruppen mit umfangreicherer migrantischer Mitgliedschaft unterrepräsentiert sind. Unter migrantischen Akteuren finden sich erfahrungsgemäß extrem kritische als auch politisch stark angepasste Positionen, deren jeweilige Signifikanz hier nicht beurteilt werden kann.

6 Fit durch Weiter- und Fortbildungen

Auch dem Wunsch nach eigener Fort- und Weiterbildung soll auf möglichst anspruchsvolle Weise Rechnung getragen werden. Hierzu gehört weiterhin die Organisation von Veranstaltungen mit gefragten, auch widersprüchlichen Themen, z. B. auf regionalen Tagungen oder Netzwerkkonferenzen, ebenso eine gezielte Beratung durch das Netzwerkteam. Der inhaltliche Rahmen dieser Form von Bildungsarbeit sollte sich nicht in der "entwicklungspolitischen" Thematik erschöpfen, sondern auch bestrebt sein, das allgemeine politische Wissen zu erweitern. Eine verbreitete kritische Haltung zur entwicklungspolitischen Realität könnte sich so auch in einer problembewussten, stärker gesellschaftskritischen Grundhaltung niederschlagen, was der politischen Kultur des Netzwerks (vielleicht) eine eigene, höhere Attraktivität verleihen würde.

7 Horizontales und/oder vertikales Netzwerk?

Auffallend ist, dass im ganzen eine direkte bioder multilaterale Kooperation zwischen den Netzwerkvereinen nicht zur Sprache kommt. Begriffe wie Koordinierung, Vermittlung, Informationsbereitstellung usw. kommen oft vor, sie sind aber immer an die Netzwerkkoordination adressiert. Vermutet werden können in diesem Zusammenhang u.a. eine tendenzielle Konkurrenzeinstellung, eine starke Auslastung durch Eigenaktivitäten der Vereine oder Differenzen im (politischen) Selbstverständnis, die einer direkten Zusammenarbeit im Wege stehen. Dieser Sachverhalt unterstreicht die Bedeutung des ENS für die Entwicklung und Bewahrung einer progressiven Kohärenz (Zusammenhalt, Abstimmungsfähigkeit), die für eine wirksame Öffentlichkeitsund Lobbyarbeit und für eine attraktive politische Kultur (relative Geschlossenheit in kritischer Vielfalt) des Netzwerks bzw. der entwicklungspolitischen NGO-Szene unabdingbar ist.

8 Netzwerkintegration

Das schon sichtbar gewordene Bestreben des ENS, Mitgliedsvereine nicht nur in die Organisation, sondern auch in die inhaltliche Ausgestaltung von thematischen Angeboten und Veranstaltungen aktiv einzubeziehen, ist ein gangbarer Weg, das interne Aktivitätsprofil zu schärfen und vielgestaltiger zu machen.

9 Die Grenzen des Engagements

Insgesamt ergibt sich aus dem Meinungsbild, dass eine erfolgreiche Arbeit des Netzwerks mit der Weiterentwicklung eines lebendigen, vielseitigen, diskursiven und kritischen Arbeitsstils einhergehen sollte. Dabei wäre es ebenso nützlich, darauf zu achten, dass die Veranstaltungsintensität des ENS den Möglichkeiten der Mitgliedsvereine und ihrer engagierten Akteure angepasst ist. Überspannungen sind zu vermeiden, sonst droht ein Verlust an Interesse und Teilnahmebereitschaft.



22.10.2016, Treffen zur Zukunft des Fairen Handels in Chemnitz (©ENS)

Geschichten des Wandels und Utopien

Ein Beitrag von Sascha Kornek vom sukuma arts e.V., Dr. Muruchi Poma und Oscar Choque von ayni – Verein für Ressourcengerechtigkeit und Antonia Mertsching, ENS

"Wenn der soziale Traum und die ökonomische Utopie bereits bis ins Mark pervertiert waren, was bliebe dann noch von dem edelmütigsten Experiment, das der Mensch sich je erträumt hatte? Seine Antwort lautete: Nichts. Lediglich eine Spur eines Egoisten (Anmerkung der Redaktion: Josef Stalin), der die Arbeiterklasse benutzt und betrogen hatte, die Erinnerung an die grausamste und menschenverachtendste Diktatur, die sich der menschliche Wahnsinn ausdenken konnte. Das einzige Vermächtnis der Sowjetunion würde ihr Scheitern sein und die Angst vieler Generationen auf der Suche nach einem Traum von Gleichheit, der im realen Leben für die Mehrheit der Menschen zu einem Albtraum geworden war", schreibt der kubanische Schriftsteller Leonardo Padura in "Der Mann, der Hunde liebte", ein Roman über die (linken) politischen Kämpfe im 20. Jahrhundert.

Heute, in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts, stehen wir vor der gemeinsamen Herausforderung, unsere menschliche Lebensgrundlage nicht durch Vermüllung und Plastikinseln, Klimawandel, Artenschwund, Abholzung, Flächenversiegelung und zunehmend unfruchtbare Böden (siehe Seite 23) zu vernichten. Die ökologischen Fragen sind mit sozialen Fragen verbunden: wer darf wie viel auf wessen Kosten konsumieren? Wer hat unter welchen Bedingungen Zugang zu welchen Ressourcen?

Auszurechnen ist: Nicht alle Menschen können den westlichen Lebensstil beanspruchen, wir haben einfach keine weiteren Erden dafür. Jede technologische Lösung erfordert weitere (begrenzte) Ressourcen. Entweder es bleiben die Einen privilegiert und verteidigen ihre Besserstellung – und gewalttätige Auseinandersetzungen, menschliches Leid und Elend werden weiterhin zunehmen. Oder wir finden ein System, wir finden Strukturen, die die Versorgung aller Menschen, ein *Gutes Leben für Alle* ermöglicht. Die Einen denken dabei an einen grünen Kapitalismus und soziale Marktwirtschaft, die Anderen fragen nach neuen Verteilungs-, Zugangs- und Versorgungsmechanismen.

Es geht um neue Utopien!

Die Träume des 20. Jahrhunderts sind ausgeträumt. Die Erfahrungen der Sozialismen und Kommunismen der älteren und jüngeren Vergangenheit. Das Gespenst, das seit 50 Jahren durch die Welt geistert, heißt Neoliberalismus und verspricht Heil durch Individualisierung, Privatisierung, Marktgläubigkeit, Wettbewerb und Konkurrenz. Doch die Krisen häufen sich: Bankenkrise, Eurokrise, Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Griechenlandkrise, Schuldenkrise, Ukraine-Krise, VW-Krise – und die nächsten Krisen warten schon.

Welchen Traum können wir noch träumen?

Der Verein sukuma arts e.V. aus Dresden sah sich im Rahmen seiner Bildungsarbeit immer wieder mit der Frage konfrontiert:

"Warum handeln wir nicht, obwohl das nötige Wissen da ist?"

Eine Antwort darauf waren die fehlenden Alltagsvorbilder und Routinen, die einen Wandel unseres Alltagshandelns – trotz besseren Wissens – ermöglichen.

Mit Stories of Change, mit den Geschichten des Wandels, möchte der Verein gute Beispiele gelebter Transformation aufzeigen und positive Rollenvorbilder schaffen. Diese braucht es, um Alltagsroutinen zu durchbrechen und gegen soziale Vorbilder aus Werbung und Medien anzukommen, die i.d.R. eher materialistische Lebensphilosophien vertreten und Lebensglück durch Arbeit und Konsum propagieren. Die positiven Rollenvorbilder stammen aus dem Alltag unserer Mitmenschen.

Es gibt bisher zu wenige Projekte, die gelebte Positiv-Beispiele als Rollenvorbilder propagieren und emotional ansprechend in der Öffentlichkeit darstellen. Das Medium Film, gepaart mit interaktiv ausgerichteten Veranstaltungen ("Triff die Pioniere des Wandels!"), spielt bei der Projektkommunikation eine zentrale Rolle. Auf diesem Weg finden die Nachhaltigkeitsvorbilder ihren Weg in Kinos, das Lokalfernsehen und Soziale Netzwerke.

Die Geschichten des Wandels zeigen auf, dass es nicht mehr Wissen, sondern die gesellschaftliche Transformation zu leben und sich "Erfahrungswissen" bzw. Kompetenzen anzueignen braucht.

Theoretisch diskutiert unter den Stichworten

Postwachstumsökonomie/Degrowth, solidarische Ökonomie, dem Befassen mit care-/Sorge-Arbeit, Commons und Gemeingüter, Shareconomy – Teilen und Tauschen Transition Towns

Hier finden die Experimente statt, um Utopien zu leben und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Träume der Anderen

Andere Völker, wie die in Ländern Lateinamerikas, haben andere Ansichten zur Natur als die in Europa aufbewahrt. Der spanische Begriff "Buen Vivir" (*Das gute Leben*) fasst diese Ansichten zusammen. Es waren die indigenen Völker Lateinamerikas, die sie ursprünglich in ihren Sprachen zur Diskussion aufwarfen.

"Buen Vivir" bedeutet das gute Zusammenleben. Der Begriff drückt das gerechte und harmonische Zusammenleben zwischen den Menschen in ihrer Pluralität, des individuellen Lebens in seinem inneren seelischen Gleichgewicht und in Harmonie zur Natur mit ihrer Biodiversität aus. Es dreht sich also um das harmonische Zusammenleben der Menschen, Tiere, Pflanzen, Wasser, Luft und Mutter Erde. Für die Menschen geht es darum, das Gleichgewicht dieser Lebensformen bzw. -ketten aufrechtzuerhalten.

Entwicklung und Fortschritt sind für "Buen Vivir" nur dann als solche zu betrachten, wenn sie der Menschheit in ihrer Pluralität dienen, das Leben kommender Generationen sichern, der zyklischen Nachhaltigkeit entsprechen, der Existenz von Tieren und Pflanzen nicht schaden und den Lebensraum aller Lebewesen erhalten. Für Menschen, die im Sinne des guten Zusammenlebens denken und handeln, ist es keine Überraschung, dass die vor 100 Jahren "bahnbrechende" Eindeckung mit Verpackungen aus Plastik heute ein großes Problem für Umwelt, Menschen und Tiere geworden ist. Diese Verpackungen lassen sich nicht zu 100% wiederverwerten. Mikroplastiken vergiften die Lebensketten in Ozeanen und Seen. Entwicklung und Fortschritt gibt es nur, wenn sie den natürlichen und vollen Kreislauf der Natur voraussetzen, fördern und ihm entsprechen.

Nachhaltigkeit. Nach dieser Auffassung sollte der Begriff Nachhaltigkeit vor allem vier Aspekte verdeutlichen.

- 1. räumlicher Aspekt: Globalität die planetaren Grenzen unserer Erde; und Regionalität: Vor allem für viel exportierende Länder wie Deutschland ist es unbedingt wichtig, dass ihre Produkte als nicht wiederverwertbarer Müll die Lebensketten auf der Erde und vor allem in anderen Ländern der Welt vergiften.
- 2. der gesellschaftlich relevante Aspekt: Die Pluralität der Menschen, wobei ein wichtiger Aspekt die zu respektierenden Kulturen der Menschengruppen sind, sowie die unbedingte Voraussetzung der gleichen Rechte aller Menschen.
- **3.** sachlicher Aspekt: bei nicht-materiellen Produkten wie Bildung auf Erfahrung und Erneuerung setzen.
- **4.** der zeitliche Aspekt: mittelfristige und langfristige Dimensionen betrachten.

Die globalen Nachhaltigkeitsziele – ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in der Welt?

Text zusammengestellt aus dem Dossier von Laura Kauczynski

Eine transformative Nachhaltigkeitsagenda, gültig für die ganze Welt – nicht weniger sollten die im September 2015 in New York beschlossenen Sustainable Development Goals (SDG) sein. Ausgearbeitet wurde sie hauptsächlich von der eigens gegründeten Open Working Group (OWG) der Vereinten Nationen. Am Ende von drei Vorschlagsvarianten, zahlreichen Verhandlungsrunden und viel Lobbyismus stehen nun 17 Ziele mit 169 Indikatoren unterteilt in sechs Themenbereiche, die die Staatengemeinschaft bis 2030 angehen will. Allerdings handelt es sich um eine freiwillige Übereinkunft und keinen bindenden Vertrag.

Gemäß der UN basiert eine nachhaltige Entwicklung auf der "Triade des menschlichen Wohlstands": wirtschaftliche Entwicklung (Wirtschaftswachstum), ökologische Nachhaltigkeit (Ressourcenmanagement) und soziale Inklusion (Angleichung des Lebensstandards und Chancengleichheit). Erweitert um den Aspekt der >Guten Regierungsführung< (auf allen Ebenen) bildet diese Definition den Rahmen für die SDG. Den SDG liegt (in Tradition der Agenda 21) überwiegend ein sektorales Entwicklungsverständnis zugrunde, dass einzelne Bereiche unabhängig voneinander und nicht im Zusammenhang betrachtet werden. Der Schutz der Ozeane wird zum Beispiel weitgehend isoliert von den anderen Handlungsfeldern betrachtet, während die Frage der Energieversorgung direkt mit verantwortungsvollem Konsum und Produktion und der Lösung von Armutsproblemen

verbunden ist. Eine Einteilung in Norden, Süden, Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer entfällt allerdings. Die aktuellen globalen Herausforderungen erfordern neue Formen der Verantwortungsübernahme und einen damit einhergehenden neuen Blick auf Ausgrenzung.

Wie soll Armut bekämpft werden?

Das wohl wichtigste – und deshalb auch erste – Ziel ist die Armutsbekämpfung. Die Unterziele streben leistungsfähige und transparente Steuersysteme, eine bessere Nutzung der Rücküberweisungen und die Bekämpfung der Schattenökonomie an. Darüber hinaus geht es darum, die nationalen Kapitalmärkte zu stärken, indem Spar- und Investitionsmöglichkeiten geschaffen werden. Gleichzeitig sollen soziale Sicherungssysteme aufgebaut, das Recht auf Eigentum an Boden für alle Menschen durchgesetzt und eine grundsätzliche Absicherung gegen Naturkatastrophen erreicht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden unter anderem die Menschenrechtskonvention, Umweltabkommen und die ILO-Kernarbeitsnormen benannt. Der Bundestag empfiehlt in diesem Zusammenhang vor allem zusätzliche Messgrößen zum BIP einzuführen. Hierzu finden sich konkrete Empfehlungen aus der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität".

Wirtschaftswachstum soll nachhaltig sein? Was wird unter Wachstum verstanden?

Wirtschaftswachstum könne nicht länger durch Ressourcenabbau erreicht werden, sondern müsse durch Innovationen forciert werden. Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft ist ein stabiles Umfeld (Verbindungen zu größeren Märkten, einfache regulierende Rahmenbedingungen zur Förderung von Unternehmensgründungen). Ein derartiges Wachstum solle neue Wege des nachhaltigen Konsums und der Produktion fördern, um Wohlstand und neue Möglichkeiten zu eröffnen. Dabei sei außerdem eine konstante Wert- und Produktivitätssteigerung anzustreben (Qualifizierungsmaßnahmen,

Förderpolitiken für kleine und mittlere Unternehmen, neue Technologien, mehr Produktqualität und -vielfalt, Infrastruktur).

Das Wirtschaftswachstum müsse inklusiv sein: Die Erträge müssen bei allen ankommen, um Wohlfahrt tatsächlich zu befördern. Ein solches inklusives Wachstum kann erreicht werden, wenn die Menschenrechte voll respektiert werden, also zuerst Möglichkeiten für gute Arbeit und die Sicherung der Lebensgrundlage für alle Menschen geschaffen werden. Die Entwicklungszusammenarbeit soll daher Wachstum, Nachhaltigkeit und eine sichere und erfüllende Beschäftigung fördern.

Zur Umsetzung werden öffentlich-private Partnerschaften angestrebt, ebenso ein höheres Forschungsbudget der Entwicklungsländer für angewandte Forschung und mehr Forschungspartnerschaften anstelle von Transfer-Programmen.

Kritik an den SDG

Kritisiert wird, dass die bestehenden Strukturen unverändert bleiben. Die SDG basierten auf den problemverursachenden ökonomischen Weltbildern. Ohne eine De-Privilegierung der Gruppen, die von marktwirtschaftlichen Strategien profitieren, seien sie nicht umsetzbar. Forderungen nach einer Reduzierung von unverhältnismäßig hohem Reichtum werden außerdem vermisst.

Die SDG fordern auch keine Überarbeitung der internationalen institutionellen Strukturen. So besagt die Agenda im Punkt 44: "We recommit to broadening and strengthening the voice and participation of developing countries [...] in international economic decision-making, norm-setting and global economic governance, while respecting the mandates of respective organizations". Weitere Angaben oder Vorschläge zu Art und Ausmaß der Beteiligung finden sich nicht. Auch Punkt 28: "All countries take action, with developed countries taking the lead, taking into account the development and capabilities of developing countries" lässt fragen,



29.11.2016, Diskussions- und Netzwerktreffen in Leipzig: Die SGDs - was bedeuten sie für die organisierte Zivilgesellschaft? (© ENS)

warum die Führung durch Industrieländer ausgeübt werden soll, wenn der Fokus ausdrücklich auf allen Ländern liegt?

Da nur staatliche Interessen und Verantwortungen bezüglich globaler Herausforderungen benannt werden, wird zudem bemängelt, dass der Privatsektor als zentraler Akteur bei der Umsetzung der SDG, insbesondere die globalen Konzerne, nicht adressiert. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren, dass die SDG nicht festlegen, was von konkreten Akteuren verlangt wird.

Um für alle drei Nachhaltigkeitsbereiche transformativ zu sein, müssten die SDG systemische und strukturelle Barrieren sowie konkrete Akteure benennen. Sie beinhalteten jedoch keine inhärente theory of change und kein klar formuliertes "ultimatives Ende" im Sinne eines gewünschten Endzustands, auf den die Indikatoren hinwirken könnten und sollten. Der Stellenwert des gesamten Zielkatalogs sei demnach unklar.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die SDG zu wenig den Imperativ der Menschenrechte betonen, die in ihrer Universalität zu respektieren seien. Da sich die Menschenrechtserklärung mit ihrer starken transformativen Kraft nicht im Kern der SDG findet, bestehe die Gefahr, dass sie dadurch geschwächt wird. Die SDG hätten grundlegende Rechte wie den Zugang zu Wasser, Sanitäranlagen und Nahrung als Menschenrechte charakterisieren können. Diese seien nun weiterhin nicht universell formuliert. Ebenso werde die Verantwortung der reichen Länder zu wenig hervorgehoben.

Die Grenzen und Pflichten freien wirtschaftlichen Handelns

Beitrag von Beate Schurath, INKOTA-Regionalstelle und Antonia Mertsching, ENS



"Blue Marble", die während des Fluges von Apollo 17 zum Mond am 7. Dezember 1972 entstandene Fotoaufnahme von der Erde

Foto: by NASA/Apollo 17 crew; taken by either Harrison Schmitt or Ron Evans - https://commons.wikimedia.org/w/ index.php?curid=43894484

1972 entstand die erste Weltallaufnahme der Erde – die Menschheit sah ihren Heimatplaneten zum ersten Mal von außen. Im selben Jahr erschien die vom Club of Rome in Auftrag gegebene Studie zur Zukunft der Weltwirtschaft "Die Grenzen des Wachstums". Über Wachstum – ja, nein, welches? – wird bis heute diskutiert.

Die industrialisierten Staaten halten weiterhin am Bruttoinlandsprodukt als Kennzeichen von Wachstum fest. Diese von den US-Amerikaner*innen im Vorfeld des 2.Weltkriegs entwickelte Kennzahl über die Gesamtheit der im Inland hergestellten Güter steigt insbesondere dann an, wenn nach Krieg und Zerstörung wieder aufgebaut werden muss und immer dann, wenn viele Ressourcen verbraucht werden.

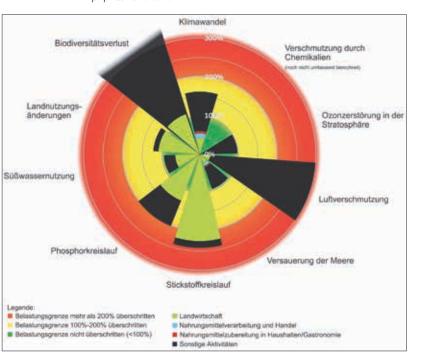
Um die Folgen des enormen Umweltverbrauchs der Menschen, insbesondere der im Globalen Norden, zu messen, haben Forscher*innen das Konzept der Planetary Boundaries entwickelt. In neun Dimensionen werden die ökologischen Belastungsgrenzen erfasst – und angezeigt, wo sie überschritten werden (Grafik Seite 23).

Im angekündigten neuen Zeitalter der Digitalisierung und auch für die dringend benötigte Energiewende steigt die weltweite Nachfrage nach mineralischen und metallischen Rohstoffen weiterhin stark an. Ein Wettlauf entsteht, bei dem nicht nur die ökologischen, sondern auch die Auswirkungen auf die Menschenrechte in den Förderländern immer noch weitestgehend außer Acht gelassen werden.

Deutschland deckt wie viele andere Industriestaaten Europas seinen Bedarf an metallischen und mineralischen Rohstoffen fast vollständig über Rohstoffimporte. Viele der für Zukunftstechnologien benötigten Rohstoffe, wie beispielsweise Gallium, Indium, Kobalt, Kupfer, Lithium, Platin, Silber, Tantal, Titan und Zinn lagern in Ländern des Globalen Südens, nicht selten in fragilen, wirtschaftlich und rechtsstaatlich schwach entwickelten Staaten.

Die Palette der systematischen Verletzung verbriefter Menschenrechte beim Abbau von Rohstoffen ist breit und untragbar: So geht der Abbau von für Elektroautos unabkömmlichem Kobalt in der Demokratischen Republik Kongo mit Kinderarbeit einher; bei der Gewinnung von Kupfer und Gold in Peru werden Boden, Luft und Wasser mit Schwermetallen wie Arsen, Blei und Zyanid verseucht und damit für die ansässige Bevölkerung unnutzbar gemacht. Zwangsumsiedlungen und die gewaltsame Unterdrückung ziviler Protestbewegungen stellen weltweit beinahe schon gewöhnliche Schritte bei der Erschließung und Nutzung von Rohstofflagerstätten dar. Auch entlang des Produktionsprozesses vieler unserer täglich benutzen Produkte wie Smartphones oder Tablets kommen Unternehmen ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nicht nach: die Arbeitsbedingungen chinesischer Wanderarbeiter*innen im Zuge der Produktion von Lithium-lonen-Batterien sind nur ein Beispiel dafür.

Grafik: von Tomewi - Eigenes WerkOriginaltext: Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0 de, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=58583214



Wer ist für die Verletzung der Menschenrechte verantwortlich?

Die Staaten, in denen sie passieren? Die Unternehmen, die die Aufträge erteilen? Oder die Staaten, in denen diese Unternehmen ansässig sind? Um für diese Fragen einen Orientierungspunkt zu bieten, verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat 2011 die 3 Säulen der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte:

- Staaten haben die Menschenrechte zu achten und zu schützen (Säule I)
- Unternehmen haben die Menschenrechte nicht zu verletzen (Säule II)
- Betroffenen von Menschenrechtsverletzung muss Zugang zu Rechtsmittel ermöglicht werden (Säule III)

Mittlerweile haben einige westliche Länder wie Frankreich, die Niederlande, Großbritannien oder die USA Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien ergriffen und Gesetze erlassen, um Kinderarbeit, Sklavenarbeit oder die Finanzierung bewaffneter Konflikte durch Mineralienhandel zu unterbinden – und damit Unternehmen an ihre menschenrechtliche Sorgfaltspflicht zu binden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrem 2016 verabschiedeten Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte, der die nationale Umsetzung der UN-Leitprinzipien zum Ziel hatte, leider weder auf verbindliche Regelungen für global agierende deutsche Unternehmen festgelegt, noch auf wirksame Strategien und Stufenpläne, um konsequent die Menschenrechte in den globalen Liefernetzwerken zu schützen.

Kernelemente menschenrechtlicher Sorgfaltspflicht (Säule II) sind:

- Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte – sich als Unternehmen öffentlich zu dieser Verantwortung bekennen
- Verfahren etablieren, um bei der Geschäftstätigkeit tatsächliche und potentiell nachteilige Auswirkungen auf die Menschenrechte feststellen zu können (Risikoanalyse)
- Maßnahmen zur Abwendung potentiell negativer Auswirkungen und Überprüfung der Wirksamkeit dieser Maßnahmen
- Berichterstattung
- Beschwerdemechanismen für von Menschenrechtsverletzungen Betroffene einrichten

Als Zielmarke hat sich die Bundesregierung 50% aller in Deutschland ansässigen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten gesetzt, die bis 2020 diese Kernelemente in ihre Unternehmensprozesse integriert haben sollen – freiwillig.¹

Auch was die staatliche Pflicht zum Schutz der Menschenrechte (Säule I) – ob beim eigenen öffentlichen Einkauf oder angesichts ausbeuterischer Arbeitsbedingungen hierzulande wie in der fleischverarbeitenden Industrie oder im Baugewerbe – und den hiesigen Zugang zu Rechtsmitteln (Säule III) bei von deutschen Unternehmen im Ausland verursachten Menschenrechtsverletzungen anbetrifft, bleibt die Bundesregierung weit hinter ihren Handlungsmöglichkeiten zurück.²

Wie viele andere westliche Staaten unterstützt die Bundesregierung bisher auch nicht den sogenannten UN-Treaty: eine UN-Resolution zur Einhaltung der Menschenrechte durch transnationale Konzerne und zur Sicherung des Zugangs zu Rechtsmitteln für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen. Diesen haben Ecuador und Südafrika 2014 erarbeitet und zur Diskussion gestellt. Inzwischen unterstützen mehr als 100 Länder den sogenannten *Binding Treaty* – insbesondere die Länder des Globalen Südens.

¹ Im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung heißt es: "Falls die wirksame und umfassende Überprüfung des NAP 2020 zu dem Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht, werden wir national gesetzlich tätig und uns für eine EU-weite Regelung einsetzen."

² Siehe "Kein Mut zu mehr Verbindlichkeit" – Kommentar deutscher Nichtregierungsorganisationen zum Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung, vom 21. Dezember 2016

Menschen. Macht. Migration.

Beitrag von Carina Flores, Referat Migration und Eine Welt im FNS

Bewegungsfreiheit – Migration ist, wenn man freiwillig geht

Damals hieß es: Kleider machen Leute, heutzutage kann man sagen: Pässe machen Leute! Der Pass ist inzwischen das stärkste Distinktionsmerkmal eines Menschen. Wenn man nicht den richtigen Pass besitzt, hat man ein Problem. Der Reisepass-Index zeigt, mit welchem Pass man wie viele Länder bereisen kann. 2018 sind Singapur, Südkorea und Deutschland die Spitzenreiter, an vierter Stelle stehen Japan und Dänemark – wer aus einem dieser Länder kommt, hat die größtmögliche Bewegungsfreiheit. Danach kommen die Vereinigten Staaten von Amerika. Mit einem US-Pass kann man in 160 Länder ohne Visum einreisen, mit einem deutschen Pass in 162 Länder¹, d. h. wir Deutschen können fast überall hin und das nicht, weil wir fliehen müssen, sondern weil wir reisen können!

Die Freiheit sich zu bewegen, ist nicht selbstverständlich, wenn man nicht im richtigen Land geboren wurde. Die Reise- und Bewegungsfreiheit ist für viele Menschen in der heutigen Welt zur Mission impossible geworden, zu einem Leidensweg. Aktuell bleibt die Welt ferner Länder für viele Menschen verschlossen, sogar das nahe gelegene Ausland, insbesondere für Menschen aus Afrika: Von 55 afrikanischen Ländern haben nur 13 eine leichte Visa-freie Einreise für Bürger*innen aus anderen afrikanischen Ländern. 55 Prozent der Menschen, die in Afrika leben, benötigen ein Visum um innerhalb Afrikas zu reisen. Für Somalia zum Beispiel sieht es schlimm aus: Nur 33 Länder erlauben Menschen aus Somalia die visumfreie Finreise.² Der Rest der Welt bleibt ihnen verschlossen.

Heute stehen die meisten afrikanischen Länder auf einer schwarzen Liste. Das bedeutet, dass ihre Bürger*innen für die Einreise in den Schengen-Raum ein Visum benötigen. Die Vergabe dieses Visums ist ein kostspieliges und intransparentes Verfahren für viele, aber vor allem für jüngere, ärmere und weniger gebildete Menschen, d. h. für diejenigen, die für Europa ein "hohes Risiko" darstellen. Die große Mehrheit kommt nicht einmal so weit, einen Antrag auf ein Visum zu stellen.³ In einer Welt, in der ständig von "freien Märkten" die Rede ist und alles getan wird, um den freien Kapital- und Warenverkehr zu beschleunigen, werden große Teile der Bevölkerung des sogenannten Globalen Südens daran gehindert, sich frei in der Welt zu bewegen. Und wenn sie es ohne amtliche Genehmigung doch tun, werden sie hart bestraft.4 Einmal in Europa gelandet, wird diese Bewegungsfreiheit nicht besser und der Kampf geht weiter. In Deutschland zum Beispiel existiert die sogenannte Residenzpflicht (§ 56 AsylG), die vielen Geflüchteten das Recht auf Bewegungsfreiheit innerhalb Deutschlands verwehrt.

Die Situation der geopolitischen Mobilität zeichnet sich für viele Geflüchtete in Bezug auf die Bewegungsfreiheit und die Bleibeperspektive durch extreme Ungleichheit aus.

Kriege und Konflikte – Flucht ist, wenn man gehen muss

Ende 2016 waren laut UNHCR 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht. Vor zehn Jahren war es ungefähr die Hälfte: 37,5 Millionen Menschen.⁵ Die Anzahl der Menschen auf der Welt, die vor Konflikten, Kriegen und Verfolgung fliehen, ist in den letzten zehn Jahren millionenfach gestiegen. Syrien ist derzeit das Herkunftsland der meisten Flüchtlinge weltweit, gefolgt von Afghanistan, Somalia, dem Südsudan und dem Sudan. Aber auch in anderen Ländern kam es zu unzähligen Flüchtlingsströmen: Der Hunger im Osten Afrikas und im Jemen, Kämpfe im Irak, der Zentralafrika-

nischen Republik, Burundi, dem Jemen, der Ukraine zwingen viele Millionen Menschen zur Flucht.

Syrien, Irak und weiterhin Kolumbien stehen an der Spitze jener Staaten, die von Binnenflucht und -vertreibung betroffen sind. Der Zusammenbruch der Friedensbemühungen im Südsudan im Jahr 2016 trieb 739.000 Menschen (bis Ende 2016) in die Flucht. Aktuell sind es mittlerweile 1,87 Millionen. Es gibt nach wie vor fünf große Aufnahmeländer von Geflüchteten: die Türkei, Pakistan, der Libanon, Iran und Uganda.⁶ In der EU-28 wurden 2016 mehr als 1 Million Asylanträge gestellt. Deutschland steht seit 2013 an erster Stelle der Aufnahmeländer der EU.

Klimawandel: Fluchtursache und Konfliktverstärker

Bisher wird wenig über die Menschen gesprochen, die schon seit Jahren aufgrund von Überschwemmungen, Stürmen oder Dürren ihre Heimat verlassen müssen. Schätzungen gehen davon aus, dass durch extreme Wetterphänomene weltweit dreimal mehr Menschen vertrieben werden als durch andere Gründe. Der Klimawandel kann dabei nicht als isolierte Fluchtursache verstanden werden, er wirkt aber als starker Risikomultiplikator für diese. Zumal Konflikte auch infolge des Klimawandels entstehen und Fluchtbewegungen dann aber regionalen politischen Konflikten zugeordnet werden, statt die Ursachen bei den CO2-Emittenten zu suchen. Betroffen sind in der Regel die Länder des Globalen Südens, die ohnehin nur geringe Anpassungskapazitäten haben und nicht die Verursacher des Klimawandels sind.

Der rechtliche Status dieser Geflüchteten ist zudem nicht geklärt, da sie nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention⁷ fallen und daher keinen internationalen Schutz genießen. Gerade vor dem Hintergrund der historisch bedingten Verantwortung der Länder des Globalen Nordens, muss dies geändert und im Zusammenhang mit den Diskussionen über klimabedingte Schäden und Verluste, auch über klimabedingte Migration und Flucht intensiver gesprochen werden.



04.11.2017, Klima-Panel auf Entwicklungspolitischer Konferenz in Chemnitz (© Michael Backhaus)

- 1 https://www.passportindex.org/byRank.php
- 2 http://www.labottegadelbarbieri.org/viaggiare-non-e-facile-per-un-africano-anche-in-africa/
- B Siehe "Die Reisefreiheit der anderen" von Paolo Gaibazzi, Le Monde diplomatique Nr. 22, 2018, S. 60.
- 4 Zu diesem "Grundwiderspruch der Globalisierungslehre", dass grenzenlose Mobilität für Waren und Geld, nicht aber für menschliche Arbeitskraft gilt, siehe Niels Kadritzke "Migrationsblockaden und Kapitalströmung", Le Monde diplomatique, 2002.
- 5 https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html
- 6 https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/zahlen-fakten.html
- 7 Die Genfer Flüchtlingskonvention bezieht sich auf Menschen, die aufgrund ihrer Ethnie, Religion, Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt werden.

Umweltschutz und Entwicklungspolitik – zu Fragen der Ressourcengerechtigkeit und des (produktiven) Zusammenlebens

Ein Beitrag von Dr. Muruchi Poma und Oscar Choque, ayni – Verein für Ressourcengerechtigkeit

Umwelt. Wasser, Flora, Fauna, Mutter Erde und Menschen sind eine Lebenskette. Sie sind die natürlichen Lebensgrundlagen der Lebewesen in den Rohstoffabbaugebieten. Um sie zu erhalten, müssen sie in ihrem natürlichen Kreislauf aufrechterhalten bleiben. Ressource ist nur eine andere Form der Bezeichnung für Teile der Lebensformen der Natur. Ressourcengerechtigkeit bedeutet deshalb gerechte Behandlung der Natur in ihrem System. Der Abbau der metallischen Rohstoffe in den Rohstoffabbaugebieten muss die Lebenskette erhalten und fördern, wenn er nachhaltig sein soll.

Ressourcengerechtigkeit ist die Einsicht und Haltung zur Natur in ihrem System. Sie ist ein Begriff, der zwei Unterbergriffe hat: Ressource und Gerechtigkeit. Mit dem Ersten sind Naturelemente, unmittelbar lebenswichtige Ressourcen wie Wasser; Boden oder Nahrung gemeint. Aus wirtschaftlicher Sicht werden als Ressourcen eher mineralische Rohstoffe für die Industrie verstanden. Der Zweite bezieht sich auf die umweltbezogenen und sozialen Aspekte der von der Industrie benötigten Rohstoffe. Ressourcengerechtigkeit soll als eine gerechte und ethische Einsicht und Haltung zu Rohstoffen im System der Ökonomie, Ökologie und des Sozialen gesehen werden.

Ökonomie und Soziales. Vom entwicklungspolitischen Standpunkt aus betrachtet sind der Abbau und die Verarbeitung von den mineralischen Rohstoffen in den Ländern des Südens nur dann nachhaltig, wenn dieser globale wirtschaftliche Prozess die Menschen- und Völkerrechte berücksichtigt. Dabei ist unbedingt auf die gerechte Teilhabe der Bewohner*innen vor Ort zu achten und die gerechte Verteilung der Nutzung von Rohstoffen. Andernfalls kommt es zu sozialen Rebellionen, unvermeidbarer Migration und elenden Zuständen in den Abbaugebieten. Und diese Situation verhindert die nachhaltige Versorgung mit Ressourcen für die Industrie. Man bedenke, die Bewohner*innen vor Ort sind nicht auf die Rohstoffe angewiesen wie zum Beispiel auf das Lithium aus der Salar de Uyuni, das für die Batterien in der E-Mobilität benötigt wird. Erst dessen Abbau bringt die Nahrungsmittelproduktion für die lokale Bevölkerung in große Gefahr.

Basisdemokratie und Rotation. Die Bewegung von "Buen Vivir" ist der Auffassung, dass gerade die repräsentative Demokratie zu Diktaturen und zu Kriegen geführt hat. Es gibt Zeiten, wo eine Person über Sachverhalte wie Krieg oder Frieden entscheidet, wie Obama und Trump bzgl. des Syrienkriegs. Die Idee von "Buen Vivir" setzt auf das Prinzip der Rotation gewählter Politiker und Politikerinnen (siehe S. 9) ebenso wie das aktive Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger, die sich frei von Manipulation der Medien, an politischen Entscheidungen mittels Volksbefragung und Referendum beteiligen.

Gegenseitigkeit (Ayni). Nicht der Klassenkampf, nicht die Vernichtung anderer Klassen ist das Ziel von "Buen Vivir" – dieses setzt auf die Ergänzung der sozialen Unterschiede der Menschen, nach dem Prinzip der Kooperation und des gegenseitigen Helfens; nicht Konkurrenz und Wettbewerb. Auch der oder die Stärkste kann an andere Stelle schwach werden, daher sollte jede*r interessiert sein, heute den Schwächeren zu helfen.

Beitrag von Nadine Kaufmann, Konzeptwerk Neue Ökonomie

Stellen wir uns vor: Es ist das Jahr 2030 und wir sind dem Ziel ein 'Gutes Leben' für alle innerhalb der ökologischen Grenzen unseres Planeten zu ermöglichen wirklich näher gekommen. Wir würden auf die letzten 12 Jahre zurückschauen und sind froh, dass wir die wichtigen Themen endlich konsequent und mutig angegangen sind, denn wir haben verstanden, dass soziale und ökologische Fragen eng miteinander verbunden sind.

Drei Aufgabenbereiche erweisen sich für die Wirtschaft in Sachsen und mit Blick auf globale Verbindungen dabei als zentral:

1. Soziale Absicherung von Ressourcenverbrauch entkoppeln

Sachsen ist als Region geschichtlich vom Bergbau geprägt und entwickelt sich jetzt als Standort für moderne Technologie. In beiden Bereichen ist sehr deutlich, wie eng die Themen Umweltverbrauch und Arbeitsplätze zusammenhängen. Soziale Absicherung hängt also von Ressourcenausbeutung ab.

Für die Bergbauregionen brauchen wir dennoch einen schnellen Ausstieg aus der Förderung und Verstromung von Braunkohle, wenn wir unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten wollen. Bereits jetzt gibt es einen Austausch mit allen Beteiligten, um sozial verträgliche Lösungen für einen solchen Ausstieg zu finden – das muss zielstrebig weitergehen.

Im Bereich moderner Technologien stellt sich die Frage, ob diese allein ausreichen, um unsere globalen ökologischen Herausforderungen in den Griff zu bekommen. Sie sind ohne Zweifel sehr wichtig dafür, doch Technik allein löst keine Lebensstilfragen: Wir müssen zusätzlich nach Lösungen suchen, wie wir hier im Globalen Norden insgesamt viel weniger Produzieren und Konsumieren und trotzdem alle genug zum Leben haben.

2. Rohstofffragen nicht über den Markt, sondern mit einer Grundsatzdebatte klären

Unser Lebensstil ist nicht auf alle Menschen der Welt übertragbar, weil wir z. B. gar nicht über die Menge an Rohstoffen verfügen. Was bedeutet das dann für uns? Wenn es unser Ziel ist, zukünftig ein gutes und würdevolles Leben für alle zu ermöglichen, wie es auch in der Agenda 2030 steht, dann ist eine zentrale Frage, was dieses "Gute Leben" bedeutet und wie wir es leben können. Welche Rolle spielen dabei materieller Wohlstand, politische Beteiligungsmöglichkeiten oder die Strukturen der Arbeitswelt? Um gemeinsam Antworten darauf zu finden, brauchen wir Austauschmöglichkeiten und Bildungsangebote, in denen wir genau solche Fragen ansprechen und diskutieren. Und wir brauchen den Austausch mit Menschen im Globalen Süden – von denen wir die meisten unserer Ressourcen bekommen – um deren Perspektive besser zu kennen und zu respektieren und Lösungen zu suchen.

3. Aufwertung gesellschaftlicher Sorge-Arbeit

Die Frage wie wir "arbeiten" spielt eine wichtige Rolle. Die Agenda 2030 fordert faire Arbeitsbedingungen weltweit und "gleichen Lohn für gleiche Arbeit". Das sind wichtige Aufgabenfelder für eine gerechtere Zukunft.

An dieser Stelle lohnt es sich, noch über die Agenda 2030 hinauszudenken. Denn in ihr liegt der Fokus auf "produktiver Vollbeschäftigung". Was aber, wenn durch Digitalisierung und eine nötige Verringerung unserer Produktion einerseits immer weniger Arbeitsplätze verfügbar sind? Und wir gleichzeitig als Gesellschaft mehr Zeit brauchen, um unsere lebenswichtigen und meist unbezahlten Aufgaben wie Sorge-Arbeit für Kinder oder ältere und kranke Menschen gut zu erfüllen?

Wir können jetzt damit anfangen, diese Tätigkeiten als wichtigen Bestandteil eines "Guten Lebens" zu verstehen. Dabei müssen wir uns auch politisch darüber Gedanken machen wie wir einerseits diese Arbeit aufwerten und andererseits eine soziale Absicherung jenseits der Vollbeschäftigung so organisieren können, dass ein würdiges Leben für alle möglich ist.

Konkrete strategische Ansatzpunkte für die Landespolitik

Die sächsische Politik verfügt in ihren verschiedenen Arbeitsbereichen über Handlungsspielräume, um das Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu stärken, für die Einhaltung der Menschenrechte weltweit einen Beitrag zu leisten und die planetaren Grenzen nicht weiter zu überschreiten sondern unsere eigene Lebensgrundlage zu erhalten.

Bildungspolitik

- Bildung für nachhaltige Entwicklung in allen Lehr-, Aus- und Fortbildungsbereichen vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung und bei den künftigen Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes verankern
- beispielsweise Reformierung von Curricula rohstoffrelevanter Studiengänge insbesondere an der Bergakademie Freiberg: Aufnahme der Themenfelder menschenrechtliche und ökologische Sorgfalt, Reduktion / Substitution von Konfliktmineralien
- weiterhin Nachhaltigkeit im Verwaltungshandeln etablieren u.a. durch die feste Verankerung der Themen 'Ethisches Verwaltungshandeln' und 'Nachhaltige Beschaffung' an der Fachhochschule Meißen

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

- Antirassismus-Trainings und Sensibilisierung für Diskriminierungstendenzen für alle Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes und Einbeziehung von geschulten Migrant*innen in diese Trainings
- Zum demokratischen Grundkonsens gehört neben der auf die Region bezogene Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur auch die Aufarbeitung deutscher Kolonialgeschichte

Ausrichtung der Politik an gesellschaftlich entwickelten Strategien

- Formulierung konkreter strategischer Ziele ausgerichtet an der Agenda 2030 der Vereinten Nationen im Rahmen der Sächsischen Nachhaltigkeitsstrategie
- Erarbeitung dieser Ziele mit der Zivilgesellschaft, zum Beispiel durch regelmäßige Runde Tische
- Rohstoffstrategie, Energie- und Klimaprogramm, Digitalisierungsoffensive und andere mit global sozial verantwortlichen und ökologischen Aspekten abgleichen
- Menschenrechtliche und ökologische Verantwortung soll gleichrangig zur Versorgungssicherheit in die oberste Leitlinie gehören

Öffentlicher und privater Konsum

- Bei der Nutzung globaler Strukturen benötigen wir eine wesentlich höhere Transparenz hinsichtlich der Herkunft der Rohstoffe sowie der Halbund Fertigprodukte entlang der gesamten Lieferkette
- Hoher Transparenz bedarf es über die Lieferketten hinaus ebenso hinsichtlich der Zahlungsflüsse zwischen Staaten und Unternehmen (Bsp.: Eigentümerwechsel im Bergbau)
- Novellierung des Vergabegesetzes zugunsten eines sozial-ökologisch verantwortlichen Einkaufs der öffentlichen Hand insbesondere bei Dienstkleidung und Textilien, Ressourcen wie Natursteinen oder rohstoffintensiven Produkten insbesondere im Elektronikbereich
- Förderung von regionaler Produktion und Weiterverabeitung lebenswichtiger Güter durch klein- und mittelständische Unternehmen zur Erhöhung der sächsischen Versorgungssouveränität
- Im Bereich Ernährung sind Produkte aus regionaler und ökologischer Anbauweise zu fördern, Massentierhaltung stärker zu regulieren und für die Einschränkung des Fleischkonsums ist aus ökologischen, ethischen und gesundheitlichen Gründen zu werben
- Für die detaillierte Regelung und ihre Umsetzung sind Ernährungsräte ein wirksames Instrument, welches stärker, möglichst flächendeckend eingesetzt und gefördert werden kann.
- Fokus auf Innovationsförderung zur Rückgewinnung von Metallen und Mineralien bzw. Substitutionspotentiale von seltenen Erden und Schlie-Bung regionaler Kreisläufe

Regionaler und globaler Klima-, Umweltund Naturschutz

- Formulierung sächsischer Reduktionsziele von Treibhausgasen, damit das Klimaschutzziel des Bundes zeitnah erreicht werden kann
- Planung eines kurzfristigen Kohleausstieges in der laufenden Legislatur
- Erarbeitung sozialverträglicher Renaturierungspläne infolge des Kohleausstieges, deren transparente, demokratische Kommunikation und Umsetzung
- Die Belastung durch Mikroplastik in sächsischen Seen, Flüssen, im Leitungswasser und im Boden ist wie in anderen Bundesländern festzustellen. Es bedarf politischer Steuerung, Plastik möglichst zu vermeiden, insbesondere in der kunststoffverarbeitenden Industrie, der konventionellen Kosmetik aber auch im Straßenverkehr (Reifenabrieb)
- Die wissenschaftliche Erkenntnis, dass kleinere Felder zu einem höheren Aufkommen von Wildbienen und damit zu einer verbesserten Bestäubung führen, soll bei der Vergabe von Subventionen an Landwirte berücksichtigt werden

Menschenrechte in globalen Lieferketten schützen

- klare Positionierung: Einhaltung der und Transparenz über die Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfalt in Unternehmen, an denen der Freitstaat Sachsen beteiligt ist
- Einrichtung angemessener Überprüfungs- und Rechenschaftsmechanismen zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfalt bzw. Evaluierung der Unternehmen und ihrer Zulieferer in Bezug auf die Rahmenbedingungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), insbesondere der Zahlung existenzsichernder Löhne
- kein Einkauf von Produkten aus ausbeuterischen Arbeitsbedingungen
- Verweigerung des Zugangs zu öffentlicher Förderung an Unternehmen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind oder sich weigern, diesbezüglich stärker Verantwortung zu übernehmen

Internationale Beziehungen aufbauen und gestalten

- Förderung von Kultur- und Länderpartnerschaften unter der Maßgabe: was können wir von den anderen lernen? Wie wirkt sich deutsche bzw. europäische Lebens- und Wirtschaftsweise auf andere Kulturen in anderen Erdteilen aus Stichworte: Freihandel, Rohstoffsicherung, unregulierte Lieferketten
- Investitionsbeihilfen, Außenwirtschaftsförderung und Innovationsförderprogramme sind nur unter der Bedingung der Umsetzung menschenrechtlicher und ökologischer Standards in den globalen Produktions- und Lieferketten öffentlich zu fördern, z. B. in rohstoffintensiven Industrienbranchen wie Elektronik- und Automobilindustrie



17.05.2017, Straßenaktion in Dresden: Kohlefund auf dem Neumarkt (© INKOTA)

Weitere Handlungsmöglichkeiten finden sich im Positionspapier des ENS von 2016 und bei einzelnen, themenspezialisierten Mitgliedsgruppen.

Mitglieder des ENS

"Eine Welt für alle" e.V. Großenhain • Eine-Welt-Laden" e.V. – für gerechten Handel und Ökologie Weißwasser • Ärzte für Madagaskar e.V. • Afropa e.V. • AG Postkolonial Engagierte Wissenschaft e.V. • AG Umwelt des Studentenrates der TU Bergakademie Freiberg • aha – anders handeln e.V. • AK "Entwicklungshilfe" Dresden • Akaki e.V. • Aktionsgemeinschaft für Kinder- und Frauenerechte (AKIFRA) • Aktion Eine Welt e.V. Aue • Arbeitsstelle Eine Welt in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens • arche noVa e.V. • Ayni − Verein für Ressourcengerechtigkeit e.V. • attac Regionalgruppe Dresden • Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Sachsen e.V. • Cambio e.V. • Deutsch-Afrikanische Gesellschaft e.V. Leipzig • Gesellschaft für Entwicklung International Sachsen e. V. – GENINSA • Eerepami Regenwaldstiftung Guyana • Eine Welt e.V. Leipzig • Eine Welt e.V. Radebeul • Euromarschbündnis Dresden • E-Werk Oschatz e.V. Jugend- Kultur- u. Umweltzentrum • F.A.I.R.E. – Warenhandels eG • Förderverein Kenia Kinder Bildung und Wissen e.V. • Forikolo e.V. Schulen für Sierra Leone • GlobaLE e.V. • Infozentrum/Weltladen e.V. Chemnitz • INKOTA-Regionalstelle Sachsen • Integrationsgemeinschaft ausländischer Erwerbstätiger e.V. • Kongpo-Chukla e.V. Schulen für Osttibet • Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. • Landesfilmdienst Sachsen e.V. • Lebendiges Kongo e.V. • Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen • Oikocredit Förderkreis Mitteldeutschland e.V. • Orang-Utans in Not e.V. • Ökumenisches Infozentrum Dresden e.V. • Oñondive e.V. • Pax et bonum Eine Welt Laden e.V. Bischofswerda • power4africa e.V. • promovio e.V. • Sagart e.V. • SAIDA International e.V. • Santa Yalla e.V. • Shisasay e.V. – Aktiv in Kamerun • Städtepartnerschaft Leipzig-Maputo e.V. • SUKUMA Arts e.V. • Studieren ohne Grenzen Dresden • Tierra – Eine Welt e.V. Görlitz • Tierra Nuestra e.V. Dresden • Trade Fair! Freiberg eG • TU Umweltinitiative (TUUWI) • Weltladen Annaberg e.V. • Weltoffen e.V. • WIR – in einer Welt – Plauen/Vogtland e.V. • Zentrum für Europäische und Orientalische Kultur e.V. (ZEOK)

ENS-Mitglied werden

Jeder sächsische Verein und jede sächsische Initiative, der oder die sich für gerechten Welthandel, Menschenrechte, Klima- und Umweltschutz oder friedliches Miteinander und globale Partnerschaften auf Augenhöhe einsetzt, ist herzlich willkommen in unserem Netzwerk.

Die Mitgliedschaft bietet

Vernetzung

bei den regelmäßig stattfindenden Netzwerktreffen, thematischen Konferenzen oder Workshops, durch Informationsaustausch, uvm.

Beratung

zu Finanzierungsfragen, Vereinswesen, Bildungsarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit

Unterstützung bei Projekten und Veranstaltungen

finanziell durch Kooperationsvereinbarungen oder organisatorisch mit Technik und Räumlichkeiten uvm.

• Bündelung der Kräfte

in verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen des ENS zur Entwicklungszusammenarbeit oder zur Lobby-Arbeit

Die Mitgliedschaft kostet einen Antrag und 30 Euro pro Jahr.

Fördermitglied werden

Jede*r kann das Entwicklungspolitische Netzwerk Sachsen durch Spenden oder eine Fördermitgliedschaft unterstützen. So kann unser Engagement (langfristig) auf solide Füße gestellt, ausgebaut und unabhängiger gemacht werden.

Wir

- zeigen globale Zusammenhänge auf und Möglichkeiten, mehr Gerechtigkeit zu leben.
- sprechen mit Entscheidungsträger*innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und überzeugen mit eigenen Ideen
- unterstützen die Zusammenarbeit verschiedener Akteure regional, überregional und international.
- laden zu Seminaren, Workshops, Podien und Konferenzen ein und ermöglichen thematischen und methodischen Austausch.

beraten Vereine, Initiativen und Einzelpersonen zu organisatorischen und inhaltlichen Fragen.

Der Antrag auf Fördermitgliedschaft und das Spendenkonto finden sich auf unserer Homepage.

www.einewelt-sachsen.de



(© ENS)

Danksagung

Wir bedanken uns bei allen Vereinen, die sich in die Diskussion eingebracht, die zu sich eingeladen und die sich mit uns gestritten haben. Ohne euch würden wir jetzt nicht da sein, wo wir sind. Ihr seid das Netzwerk!

Wir bedanken uns bei den Sachverständigen und bei unseren Kooperationspartner*innen wie dem Studienbegleitprogramm für ausländische Studierende oder der Volkshochschule Chemnitz, die 2015 die Tagung und 2017 die Konferenz mit uns haben lebendig werden lassen.

Wir bedanken uns beim Vorstand des ENS: bei Dr. Muruchi Poma für seine wichtige Sichtweise aus einem Land des Globalen Südens, bei Martin Finke, Britta Mahlendorff, Heinz Kitsche, Barbara Irmer und Antje Lanzendorff für ihre Hintergrundarbeit, die dem Prozess die Richtung gegeben haben.

Wir bedanken uns bei Jürgen Kunze für seine Analyse. Seine Erfahrungen als langjähriges Mitglied des Netzwerkes und als ehemaliges Vorstandsmitglied haben uns eine gute Ausgangsbasis geliefert.

Und wir badanken uns auch bei den Geldgebern des gesamten Prozesses: Engagement Global – Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildungsarbeit, der Landesdirektion Sachsen, Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Katholischer Fonds und der Deutschen Stiftung Entwicklung.

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit finanzieller Unterstützung des





Entwicklungspolitik... und was hat das mit den Bürger*innen und dem Freistaat Sachsen zu tun?

Wir merken nicht...

- ... wie mit jeder Flugreise, jeder Auto- und Kreuzschifffahrt, jedem der 60.000 Frachtschiffe die Atmosphäre erstickt wird.
- ... wie der Regenwald abgeholzt wird, um Futtermittel anzubauen, um die Tiere zu füttern, die wir essen und wie dabei Menschen aus ihrem Lebensraum vertrieben werden.
- ... wie der Sand und die Strände auf der Erde verschwinden, um kollossale Häuser zu bauen.
- ... wie Armutslöhne und Ausbeutung die Menschen weltweit in elende Lebensbedingungen zwingen, auch die alleinerziehende Mutter nebenan.
- ... dass die Flüsse, die früher in Europa von der Textil- und Lederindustrie vergiftet waren, heute durch Asien und Lateinamerika fließen.
- ... wie all das, was wir nicht mehr brauchen, woanders landet und Lebensraum (Plastik), Gesundheit (Elektro-Schrott) und Perspektiven (Milch- und Fleischexporte) zerstört.

Wir merken...

- ... wie das Wetter verrückt spielt, Winter und Sommer extremer werden und die Übergänge fehlen.
- ... die Veränderung unserer Landschaften durch Vermaisung und andere Monokulturen oder Ressourcenabbau wie Lithium im Erzgebirge, Braunkohle und Kupfer-Fracking in der Lausitz oder Kies und Sand bei Pillnitz.
- ... wie Menschen aus allen Teilen der Welt vor Armut und Krieg in die westlichen Länder fliehen – und fragen uns zu wenig, welchen Anteil wir an ihrer Armut und ihrem Krieg haben.

Von den Auswirkungen, die auch wir spüren könner

- ... unsere Angst vor Armut und unser Bedürfnis nach Sicherheit – und können unterstellen, dass auch andere solche haben.
- ... wie auch wir jeden Tag einem Leistungsdruck ausgesetzt sind und mal durchatmen wollen.
- ... dass wir eine Minderung unserer Lebensqualität fürchten und können sicher davon ausgehen, dass es noch viel mehr Menschen so geht.